

/// Nun sag, wie hast du's mit dem Militär?

DER EINSATZ DER BUNDESWEHR IM AUSLAND

FLORENS MAYER /// Je länger der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan dauerte und je gefährlicher er auch für die deutschen Soldaten wurde, desto mehr Deutsche lehnten den Einsatz rundherum ab. Am Ende konnte es den meisten gar nicht schnell genug gehen, die Bundeswehrsoldaten vom Hindukusch heimzuholen. Die Kriegsmüdigkeit der Deutschen bleibt jedoch auch für die künftige deutsche Sicherheitspolitik eine Herausforderung.

Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Das Leitbild der Bundeswehr zu Zeiten des Ost-West-Konflikts ist heute überholt. De facto sind die weltweiten Bundeswehreinsätze in vielen Krisengebieten ein wesentliches Element bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Der bisher in vielerlei Hinsicht größte Einsatz, die deutsche ISAF-Beteiligung in Afghanistan, lief Ende 2014 aus. Anlässlich des Endes dieser Phase des deutschen Afghanistanengagements lohnt es sich, der Frage nachzugehen, wie sich die öffentliche Meinung während des Einsatzes am Hindukusch entwickelte und wie es heute, am Ende der einen Mission und mit Blick auf zweifelsohne noch kommende bewaffnete Auslandseinsätze um sie steht. Auf den Punkt gebracht geht es hier also um die Beantwortung der Gretchenfrage der deutschen Außen- und Sicherheitspoli-

tik: Inwieweit akzeptiert die deutsche Bevölkerung die Bundeswehr mittlerweile als Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik?

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 erklärte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, bei

Die Öffentlichkeit steht dem Auslandseinsatz der Bundeswehr KRITISCH gegenüber.

den Anschlägen habe es sich um eine „Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt“¹ gehandelt. Daher seien alle zukünftigen deutschen Maßnahmen darauf ausgerichtet, „die Zukunftsfähigkeit unseres Landes inmitten einer freien Welt zu sichern“². Das Argument der ersten Stunde war also die Verteidi-



Eine Friedensmission, die letztendlich keine war: deutsche Truppen in Afghanistan.

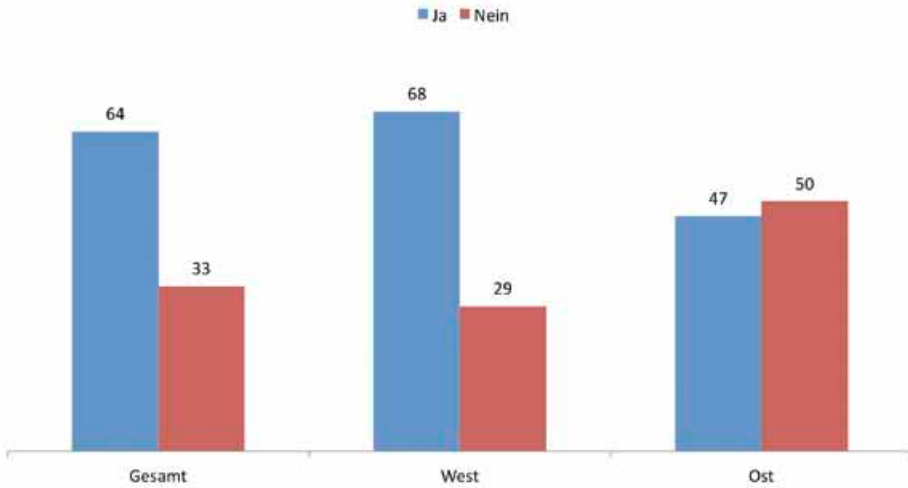
gung der zivilisierten Welt und ihrer Werte gegen den internationalen Terrorismus. Diesen Kurs unterstützte auch die deutsche Bevölkerung. Im Oktober 2001 waren 64 % der Deutschen der Meinung, Deutschland sollte den USA bei der militärischen Bekämpfung der Drahtzieher der Terroranschläge und ihrer Helfershelfer Beistand leisten. Nur 33 % – allerdings 50 % der Menschen in den neuen Bundesländern – waren gegen einen militärischen Beistand Deutschlands.

Deutsche Zurückhaltung in Afghanistan

Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings noch kein deutscher Soldat afghanischen Boden betreten. Bis zu der erfolgreichen Eroberung der afghanischen

Städte und dem Rückzug der Taliban waren allein US-Einheiten sowie einige wenige britische Spezialeinheiten im Einsatz. Erst mit dem Jahreswechsel 2001/2002 wurden auch die deutschen Fähigkeiten angefordert, verlegt und eingesetzt. Die nun in Deutschland debattierten Ziele dieses Einsatzes rückten zum Teil erheblich vom offiziellen Ziel der Terrorismusbekämpfung ab. Ein neues häufig verwendetes Argument war stattdessen das der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus. Der spätere Verteidigungsminister Peter Struck sagte mit Blick auf die seiner Meinung nach wahrscheinlichen Aufgaben der Bundeswehr in Afghanistan optimistisch: „Ich bin fast sicher, dass die Bundeswehr dort nur noch gebraucht wird, um mitzuhelfen, die humanitäre Versor-

Graphik 1



„Die USA haben angekündigt, gegen die Drahtzieher der Terroranschläge und ihre Helfershelfer konsequent vorzugehen. Sollte Deutschland den USA bei der Bekämpfung des Terrorismus militärischen Beistand leisten?“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND Oktober 2001

gung zu organisieren.“³ Ein dazu passendes, wiederkehrendes Motiv für die Unterstützung des Bundeswehreininsatzes war die Deutung des Einsatzes als Friedensmission, die in Afghanistan nach Jahrzehnten der Gewalt endlich den Frieden sichern sollte.

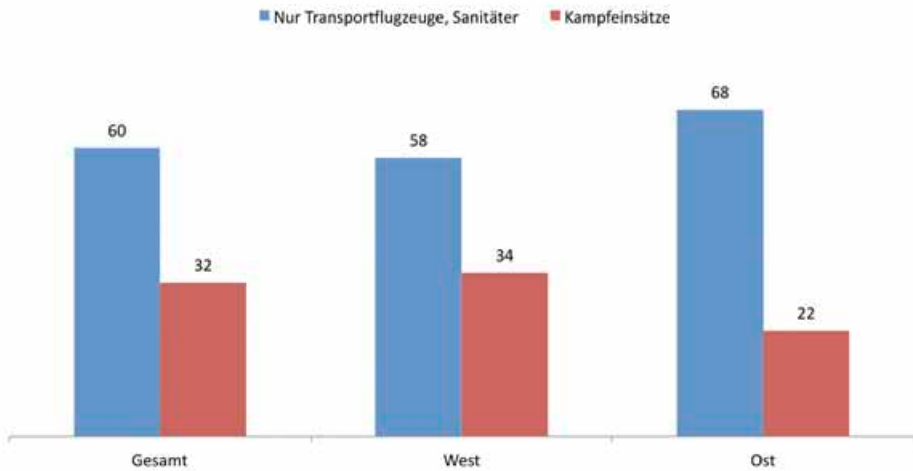
Mit dieser Deutung des deutschen Afghanistaneinsatzes entsprach die Politik den Befindlichkeiten der deutschen Bevölkerung. Im Oktober 2001 hatten sich 60 % dafür ausgesprochen, dass Deutschland die USA nur mit Transportflugzeugen oder Sanitätern unterstützen sollte. Nur 32 % sagten, die Bundeswehr sollte sich auch an Kampfeinsätzen beteiligen. Die Zustimmung zu einer etwaigen Teilnahme der Bundeswehr an Kampfeinsätzen fiel bei Befragten aus den neuen Bundesländern mit 22 % sogar noch niedriger aus.⁴

Fünf Jahre später stand der Einsatz deutscher Aufklärungsflugzeuge des Typs Tornado in Afghanistan zur Debatte. 35 % der Befragten unterstützten die Entsendung der Tornados und 63 % waren der Meinung, die Bundeswehr solle sich von solchen Aufgaben fernhalten und sich nur um Wiederaufbauhilfe kümmern.⁵ Erneut wurde deutlich: Die deutsche Bevölkerung befürwortete mehrheitlich ein ziviles Engagement am Hindukusch. Aber je offensichtlicher der militärische Charakter der deutschen Beteiligung wurde, desto geringer viel die Zustimmung aus.

Schwindender Rückhalt in der deutschen Bevölkerung

Der Afghanistaneinsatz geriet während der ersten Jahre kaum in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit. Erst mit einer

Graphik 2



„Sollte Deutschland nur mit Transportflugzeugen oder Sanitätern unterstützen oder sollte sich die Bundeswehr auch an Kampfeinsätzen beteiligen?“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND Oktober 2001

zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan ab 2007 stieg das Interesse an dem Einsatz stark an. Im April 2007 fiel die Zustimmung zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan noch relativ hoch aus. 52 % hielten den Einsatz für richtig, 45 % lehnten den Einsatz der Bundeswehr ab. Bereits im August sprach sich nur noch jeder Dritte für einen Verbleib deutscher Truppen in Afghanistan aus, während 64 % der Befragten einen möglichst schnellen Rückzug befürworteten. Einfluss auf den raschen Stimmungswandel könnte ein Anschlag gehabt haben, bei dem drei deutsche Soldaten getötet wurden.⁶

Im Februar 2008 hatte sich das Meinungsklima leicht relativiert. Die Zustimmung für eine Fortsetzung der Stationierung deutscher Truppen lag jetzt bei 42 % und die Ablehnung nur mehr

Tote und die verschlechterte Sicherheitslage bewirken einen SCHWINDENDEN Rückhalt in der Bevölkerung.

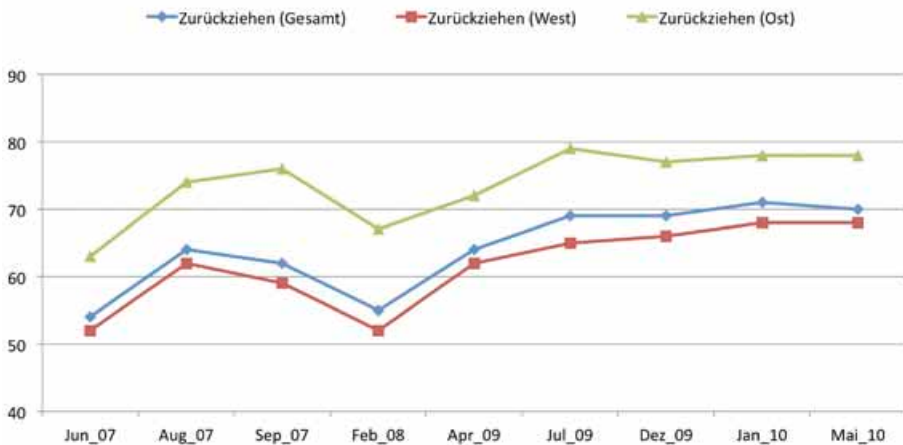
bei 55 %. Der Annahme folgend, dass insbesondere die mediale Berichterstattung Einfluss auf die öffentliche Meinung hat, könnten positive Medienergebnisse oder das Ausbleiben schlechter Nachrichten eine Rolle gespielt haben. In der Tat erscheint es hier plausibel, dass das Ausbleiben von Berichten über militärische Eskalationen im Winter 2007/2008 den Ausschlag gaben. In den

Wintermonaten ging die Anzahl von Anschlägen und Angriffen der Aufständischen stets deutlich zurück, während sie im Frühjahr und im Sommer anstiegen. Der Grund dafür waren die Witterungsbedingungen, die im Winter aufgrund von Schnee und gefrorenem Boden ein militärisches Agieren sehr schwierig machen. Dazu passt, dass die Zustimmung im Juli 2009 wieder auf 27 % gesunken war und 69 % einen Abzug forderten. Der Erhebungszeitraum dieser Umfrage begann am 29. Juni. Nur wenige Tage zuvor, am 23. Juni 2009, waren drei Bundeswehrsoldaten in einem Gefecht gefallen.

Zum Schluss konnte es den meisten Deutschen nicht schnell genug gehen. Im Frühjahr 2013, als der Abzugstermin bereits feststand, waren 54 % im Westen und 68 % im Osten der Auffassung, die Bundeswehr solle noch früher als 2014 aus Afghanistan abgezogen werden.⁷

Die deutsche Bevölkerung war bereits vor dem Afghanistaneinsatz eine postheroische Gesellschaft, die einem Militäreinsatz nichts Positives oder gar Heroisches abgewinnen kann, sondern ihm grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Allein vor dem Hintergrund der Terroranschläge am 11. September 2001 signalisierte eine Mehrheit der Deutschen Bereitschaft, die USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Diese Bereitschaft war jedoch stark konditioniert. Das fing bereits damit an, dass in den neuen Bundesländern von Anfang an eine knappe Mehrheit gegen einen deutschen Militäreinsatz war. Zudem plädierten die Deutschen in großer Geschlossenheit für ein möglichst zurückhaltendes militärisches Vorgehen. Deutsche Kampfeinsätze, also die Anwendung militärischer Gewalt, wurden abgelehnt. Mehrheitsfähig war allein die

Graphik 3



„Die Bundeswehr ist seit X Jahren im Rahmen eines NATO-Einsatzes in Afghanistan stationiert. Sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach weiterhin in Afghanistan stationiert bleiben oder sollte sie sich möglichst schnell aus Afghanistan zurückziehen?“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND 2007-2010

Die Deutschen sind eine **POST-HEROISCHE** Gesellschaft.

mittelbare Unterstützung der Verbündeten durch Transportflugzeuge und Sanitäter. Am liebsten wurde deutsche zivile Aufbauhilfe in Afghanistan gesehen.

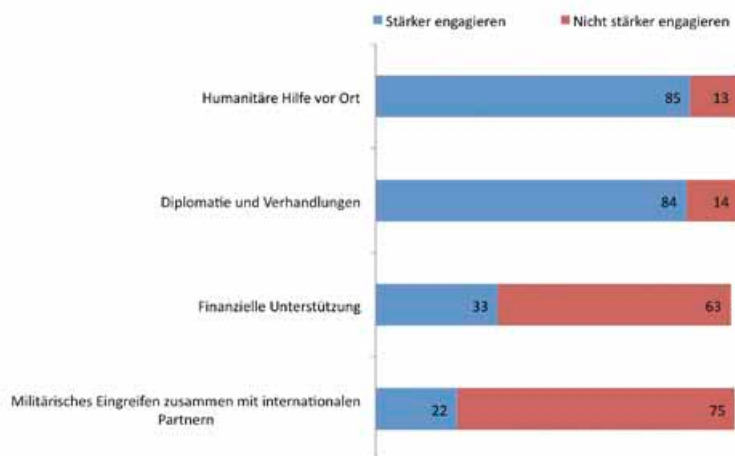
Zwei weitere Faktoren wirkten sich negativ auf den Rückhalt in der deutschen Bevölkerung aus. Zum einen war das der Faktor Zeit. Mit zunehmender Einsatzdauer fand die Forderung, die deutschen Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, mehr und mehr Zustimmung. Zum anderen spielte der Faktor Intensität eine entscheidende Rolle. Anschläge oder Gefechte, in die deutsche Soldaten

verwickelt waren, bei denen deutsche Soldaten gar zu Tode kamen, wirkten sich stets negativ auf die Zustimmung in der deutschen Bevölkerung aus. Dass die Deutschen auf derlei intensive Auseinandersetzungen nicht vorbereitet waren und deshalb besonders ablehnend reagierten, ist u. a. auf die durch die Politik kommunizierte Geschichte von der Friedensmission zurückzuführen. Erst spät gestanden deutsche Politiker öffentlich ein, dass es in Afghanistan um Aufstandsbekämpfung ging.

Nach Afghanistan lehnen Deutsche den Einsatz militärischer Mittel ab

Forderungen nach mehr internationalem Engagement Deutschlands, wie von Bundespräsident Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 gefordert, werden auch künftig nur eingeschränkt auf Zustimmung stoßen. Zwar befürworten immerhin 52 % der

Graphik 4



„Es gibt unterschiedliche Mittel, um auf Krisen in der Welt zu reagieren. Ich nenne Ihnen nun einige und Sie sagen mir jeweils, ob sich Deutschland hier in internationalen Krisen stärker engagieren sollte als bislang oder nicht.“

Quelle: ARD-DeutschlandTREND Februar 2014

Deutschen ein stärkeres Engagement bei internationalen Krisen,⁸ allerdings sind sie bei der weiteren Definition dieses Engagements sehr zurückhaltend. Vor allem humanitäre Hilfe vor Ort (85 %) und Diplomatie und Verhandlungen (84 %) sehen die Deutschen gerne als Instrumente dieses Engagements. Finanzielle Unterstützung begrüßen nur noch 33 %, ein militärisches Eingreifen zusammen mit internationalen Partnern lehnen 75 % ab, nur 22 % sprechen sich dafür aus.

Deutsche Sicherheitspolitik muss in der Bevölkerung offener und ehrlicher KOMMUNIZIERT werden.

Die empirisch messbare deutsche Kriegsmüdigkeit wirft zum Schluss die Frage auf, welche Formen eines deutschen militärischen Engagements in Zukunft überhaupt noch möglich sind. Die Untersuchungsergebnisse sollten nicht als Vorwand genommen werden, das deutsche militärische Engagement in der Welt weiter zurückzufahren. Sie sollten der Politik vielmehr als Hinweis dienen, Sicherheitspolitik künftig offener zu kommunizieren. Sicherheitspolitische Debatten sollten mit Blick auf das Mögliche und nicht auf das Wünschenswerte geführt werden. Genauso sollten die sicherheitspolitischen Ziele nicht zu hoch zu gesteckt werden. Ein Geburtsfehler des deutschen Afghanistanengagements war es, in Deutschland mit Hilfe hehrer, moralischer Ziele wie Frauenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit um Zustimmung für den Einsatz zu werben. Als sich abzeichnete, dass diese Ziele nicht erreicht werden würden, ging die Zustimmung schnell

zurück. Empirische Erkenntnisse sollten sicherheitspolitische Entscheidungen nicht vorwegnehmen oder gar ersetzen. Sie sollen Vorbehalte, Ablehnung oder gar Sorgen in der Bevölkerung aufdecken, damit die politisch Verantwortlichen die Chance haben, aufzuklären, zu überzeugen und für ihre Positionen zu werben. ///



/// FLORENS MAYER

ist Altstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung und leitet das Berliner Büro des Meinungsforschungsinstituts dimap.

Anmerkungen

¹ Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/186, 12.9.2001.

² Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/187, 19.9.2001.

³ Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 14/202, 16.11.2001.

⁴ ARD-DeutschlandTREND, Oktober 2001.

⁵ ARD-DeutschlandTREND, April 2007.

⁶ Der Anschlag und die getöteten Soldaten wurden bei der Befragung erwähnt. Die Frage lautete: „Die Bundeswehr ist seit fünf Jahren im Rahmen eines NATO-Einsatzes in Afghanistan stationiert. Vor kurzem wurden dort bei einem Anschlag drei deutsche Soldaten getötet. Sollte die Bundeswehr Ihrer Meinung nach weiterhin in Afghanistan stationiert bleiben oder sollte sie sich möglichst schnell aus Afghanistan zurückziehen?“; ARD-DeutschlandTREND, Juli 2007.

⁷ ARD-Morgenmagazin, März 2013.

⁸ ARD-DeutschlandTREND, Februar 2014.